B e s c h l u s s p r o t o k o l l

über die 28. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2020 in der Weststadthalle, Berliner Ring 98, 64625 Bensheim

Beginn: 18:08 Uhr

Anwesend sind:

Stadtverordnetenvorsteherin	Deppert, Christine
Stadtverordneter	Bahadori, Feridun
Stadtverordnete	Becker, Sibylle
Stadtverordneter	Dorsheimer, Ralf
Stadtverordneter	Gärtner, Maximilian
Stadtverordneter	Geißelmann, Markus
Stadtverordneter	Heinz, Tobias
Stadtverordnete	Jackstein, Petra
Stadtverordneter	Klos, Rico
Stadtverordnete	Marquardt, Tanja (Ab TOP 4)
Stadtverordnete	Ottiger, Waltrud
Stadtverordnete	Schich-Kiefer, Ingrid
Stadtverordneter	Dr. Schwalbach, Peter
Stadtverordneter	Torre, Carmelo
Stadtverordneter	Woißyk, Markus
Stadtverordneter	Ahlheim, Rainer
Stadtverordneter	Bauer, Werner
stellv. Stadtverordnetenvorsteherin	Lux, Christiane
Stadtverordnete	Middleton, Eva
Stadtverordneter	Moritz, Heiko
Stadtverordneter	Schrader, Thorsten
Stadtverordneter	Sydow, Michael
Stadtverordneter	Fendler, Wolfram
Stadtverordneter	Dr. Götz, Thomas
Stadtverordneter	Kredel, Jochen
Stadtverordneter	Müller, Moritz
Stadtverordnete	Sterzelmaier, Doris
Stadtverordneter	Wüstner, Hanns-Christian
stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Apfel, Franz
Stadtverordneter	Koller, Norbert
Stadtverordnete	Dr. Vogt-Saggau, Ulrike
Stadtverordnete	Wohland, Ruth
Stadtverordneter	Fischer, Tobias
Stadtverordneter	Hausmann, Jascha
Stadtverordneter	Steinert, Holger
Stadtverordneter	Kahnt, Rolf
Stadtverordneter	Wetzel, Dominik
Stadtverordneter	Dr. Tiemann, Rolf

Magistrat	Bürgermeister Richter, Rolf Erste Stadträtin Rauber-Jung, Nicole Oyan, Adil Born, Andreas Seibert, Hans Bauer, Norbert Kalb, Peter E. Uhde, Joachim
Entschuldigt	Ameis, Henning Mehling-Großenbach, Karoline Reuter, Helmut Kaplan-Reiterer, Hildegard Dr. Schuster, Erwin Str. Roeder, Oliver Str. Aßmus, Bernd Str. Rothermel, Wilhelm
Verwaltung	Wetzel, Markus
Schriftführer	Swatschina, Benjamin

Stadtverordnetenvorsteherin Deppert eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Antrag der CDU-Fraktion bezüglich "Änderung der Tagesordnung"

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen von BfB, GLB und SPD sowie Herrn Dr. Tiemann bezüglich „Erhalt der Kirchbergschule als Grundschule und Förderschule im Schulentwicklungsplan des Kreises Bergstraße“ wird vertagt.
Der Antrag wird auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 2. Juli 2020 genommen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 26 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Antrag der CDU-Fraktion bezüglich "Kirchbergschule soll Grund- und Förderschule bleiben"

Anmerkung: Der Antrag wurde zur Kenntnis genommen. Eine Beratung erfolgt in der Sitzung der STVV am 02.07.2020.

I.
Mitteilungen und Berichte

Punkt 1.a) **Mitteilungen und Berichte der Stadtverordnetenvorsteherin und der Ausschussvorsitzenden**

Punkt 1.b) **Abgabe von persönlichen Erklärungen der Stadtverordneten oder Magistratsmitglieder**

Punkt 1.c) **Mitteilungen und Berichte des Magistrats gemäß § 50 Abs. 3 HGO**

I.a
Eilentscheidungen des Haupt- und Finanzausschusses in besonderer Funktion (§ 51 a HGO) vom 27.04.2020

Punkt 2.a) **Antrag der GLB-Fraktion, der BfB-Fraktion und des Vertreters der FWG bezüglich "Fristen Bürgerbegehren und Gesuch der Bürgerinitiative"**

Anmerkung: Der Beschluss des HFA, in seiner Sonderfunktion (§ 51a HGO), wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

1. Die Stadt Bensheim unterstützt das Gesuch der Bürgerinitiative „Bensheimer Marktplatz besser beleben“ vom 06.04.20 Zitat: „Vor dem Hintergrund der beschriebenen ausstehenden Entscheidung des Hess. Landtages über unseren Antrag (Fristverlängerung) ersuchen wir die Bensheimer Stadtverordnetenversammlung, hilfsweise einen krisenbedingt von der Kommune bestimmten Ausschuss, die Fortsetzung der Auslobung des STVV-Beschlusses „Städtebaulicher Wettbewerb“ zum Zweck der Gleichbehandlung und der Aufrechterhaltung fairer demokratischer Gepflogenheiten, ruhen zu lassen.“

2. Die Stadt Bensheim erklärt sich solidarisch mit dem Wunsch der Bürgerinitiative nach einer Gleichbehandlung von Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren. Durch die Änderung der HGO im März 2020 ist diese nicht gegeben.

3. Der Magistrat der Stadt Bensheim und die MEGB werden die Umsetzung des STVV-Beschlusses zum städtebaulichen Wettbewerb vom Februar 2020 ruhen lassen, bis der Hess. Landtag über die Änderung der HGO bezüglich der Bürgerbegehren entschieden hat.

4. Die Stadt Bensheim bittet den Hess. Landtag, die Fristen der Unterschriftensammlung bei laufenden Bürgerbegehren zu verlängern, da eine Sammlung von Unterschriften derzeit in der Coronakrise erschwert bzw. kaum möglich ist.

Punkt 2.b) **Einrichtung verkehrsberuhigter Bereich im Bereich Wilhelmstraße / Ecke Lindenstraße**

Anmerkung: Der Beschluss des HFA, in seiner Sonderfunktion (§ 51a HGO), wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Bereich Wilhelmstraße / Ecke Lindenstraße zu einem verkehrsberuhigten Bereich ausgewiesen wird und beschließt, dass die Kosten von rund 160.000 € für den

niveaugleichen Ausbau mit integrierter Fläche zur Steigerung der Aufenthaltsqualität freigegeben werden.

Punkt 2.c) Erhöhung des Liquiditätskreditrahmen zur Haushaltssatzung 2020 aufgrund der Corona-Pandemie

---

Anmerkung: Der Beschluss des HFA, in seiner Sonderfunktion (§ 51a HGO), wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der in §4 der Haushaltssatzung 2020 festgesetzte Höchstbetrag der Liquiditätskredite in Höhe von 12.000.000,00 EUR wird um 38.000.000,00 EUR auf nunmehr insgesamt 50.000.000,00 EUR erhöht.

Punkt 2.d) Zuschuss an das Familienzentrum Bensheim e. V. für die Anmietung von Räumlichkeiten in der Hauptstr. 89

Anmerkung: Der Beschluss des HFA, in seiner Sonderfunktion (§ 51a HGO), wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Dem Antrag des Familienzentrums Bensheim e. V. auf einen Mietzuschuss für die Räumlichkeiten Hauptstr. 89 wird entsprochen.
Der Zuschuss für das Jahr 2020 wird auf 18.600 € und ab dem Jahr 2021 auf 25.200 € festgesetzt.

Die erforderlichen Mittel werden im Jahr 2020 durch Einsparungen im Budget 2.35 bereitgestellt.
Im Haushaltsplan 2021 wird der Betrag von 25.200 € bei Produkt 2.35.02 „Vereinsförderung“ veranschlagt.

Punkt 2.e) Aufhebung ursprünglicher Termin Bürgermeisterwahl

Anmerkung: Der Beschluss des HFA, in seiner Sonderfunktion (§ 51a HGO), wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, mit dem der Termin für die anstehende Bürgermeisterwahl auf Sonntag, 21. Juni 2020 und der Termin für eine evtl. Stichwahl auf Sonntag, 05. Juli 2020 festgelegt wurden, wird aufgehoben.

II.
Beschlussfassung ohne Aussprache

./.

III.
Beschlussfassung mit Aussprache

Punkt 3) Antrag der Fraktionen von GLB und BfB bezüglich "Schutz der Außenflächen"

Anmerkung: Es wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

1. Die Grünflächen und landwirtschaftlichen Flächen im Außenbereich Bensheims südlich der Schwarzwaldstraße bis zur Kleingartenanlage bleiben erhalten. Ebenso der Außenbereich zwischen Auerbach/Zeilbäume bis nach Zwingenberg.
   Eine Siedlungserweiterung in diesen Bereichen wird nicht verfolgt und bei der kommenden Überarbeitung des Regionalplanes ausgeschlossen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 11 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

2. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur Aktivierung von zur Zeit nicht oder wenig genutztem Wohnraum sowie zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im Bestand bis zur November Sitzungsrunde vorzulegen.
   Aktivierung von nicht genutztem Wohnraum z.B. durch verstärkte Bewerbung des Programmes „Vermiete doch an die Stadt“, durch Auflegen eines Modernisierungsprogramms für ungenutzten Wohnraum und weitere Maßnahmen, insbesondere auch bei Gebäuden, die sich direkt oder indirekt in städtischem Besitz befinden.

   Schaffung von zusätzlichem Wohnraum z.B. durch Umwandlung von nicht vermieteten Verkaufs- oder Gewerberäumen in Wohnraum, durch Dach-ausbau- oder Aufstockung vorhandener Gebäude oder Erhöhung der zulässigen Zahl der Wohneinheiten pro Gebäude im Bestand, ggf. auch Erlass von Baugeboten für erschlossene aber unbebaute Grundstücke.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.a) **Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu den Anträgen von GLB-, CDU- und BfB-Fraktion bezüglich "Verbesserung des Radverkehrs"**

Beschluss:

1. Die Anträge der GLB-Fraktion, der CDU-Fraktion und der BfB-Fraktion werden ersetzt durch folgenden Antrag:

2. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Lenkung des Radverkehrs mittels Beschilderung und eventuell weiterer geeigneter Maßnahmen weg von der Bundesstraße B 3 vom, zum und über den Knotenpunkt Ritterplatz und die Strecke Ritterplatz bis zum Bahnhof zu erarbeiten.

3. Dabei sollen die Varianten
   (a) Lenkung des Radverkehrs auf der B 3 ab Einmündung Kirchbergstraße zur Fehlheimer Straße und somit zum dortigen Radweg bzw. umgekehrt und
   (b) Lenkung des Radverkehrs auf der B 3 ab Einmündung Lindenstraße und somit zur Wilhelmstraße und dem dortigen geplanten verkehrsberuhigten Bereich (eventuell mit Einrichtung der bereit schon mal diskutierten Fahrradstraße) und umgekehrt und
   (c) Lenkung des Radverkehrs auf der B 47 ab Einmündung Platanenallee zum Rinnentor und der Platanenstraße und umgekehrt,

   aber gegebenenfalls auch andere Möglichkeiten geprüft werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 06 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen, 04 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.b) **Änderungsantrag der BfB-Fraktion zum Antrag der GLB-Fraktion bezüglich "Verbesserung des Radverkehrs"**

Beschluss:

Der Antrag der GLB-Fraktion wird im Punkt 1 a folgendermaßen geändert:

„Der Magistrat wird beauftragt, bei den zuständigen Stellen zu beantragen, dass vom Ritterplatz B 3/B 47 in Richtung Bahnhof Höhe Taxistand in Ost-West-Richtung für Radfahrer eine Radpiktogramm-Spur markiert wird.

Der Beschluss wird gefasst mit: 26 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 4.c) **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der GLB-Fraktion bezüglich "Verbesserung des Radverkehrs"**

Beschluss:

Der erste Absatz der Nr. 1b des Antrags ist wie folgt zu lassen:

„Der Magistrat wird beauftragt, bei den zuständigen Stellen zu veranlassen, dass auf der Darmstädter Straße/B 3 in beiden Richtungen im Abschnitt zwischen Hochstraße (Ende bzw. Anfang Radweg) und Ritterplatz möglichst Schutz- bzw. Angebotsstreifen für den Radverkehr mit einer sogenannten Leitlinie, zumindest aber beidseitige Radpiktogrammspuren markiert werden.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 34 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 4.d) **Ersetzungsantrag der GLB-Fraktion bezüglich "Verbesserung des Radverkehrs"**

Anmerkung: Aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag der BfB (Punkt 4.b), wurde der Punkt 1a) nicht mehr abgestimmt. Aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU (4.c), wurde nur noch über den zweiten Absatz bei Punkt 1b) abgestimmt. Der Beschlussvorschlag wurde geändert (**fett**).

Beschluss:

Der Bürgermeister **bzw. der zuständige Dezernent** wird in seiner Funktion als Ortspolizeibehörde gebeten zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen

1a) ~~vom Ritterplatz B 3/B 47 in Richtung Bahnhof bis Höhe Taxistand in Ost-West-Richtung der rechte Fahrstreifen für den Radverkehr und den ÖPNV sowie Taxen reserviert und für anderen Kraftfahrzeugverkehr gesperrt werden kann, um einen geschützten Bereich für Radfahrende zu schaffen und dem ÖPNV die Umfahrung eines evtl. Rückstaus bis zu dem wichtigen Haltepunkt am Bahnhof zu ermöglichen.~~

1b) ~~Der Magistrat wird beauftragt, bei den zuständigen Stellen zu veranlassen, dass auf der Darmstädter Straße / B 3 in beiden Richtungen im Abschnitt zwischen der Hochstraße (Ende bzw. Anfang Radweg) und Ritterplatz möglichst Schutz- bzw. Angebotsstreifen für den Radverkehr mit einer sogenannten Leitlinien, zumindest aber beidseitige Radpiktogrammspuren markiert wird.~~

Sollte die Stadt die Maßnahmen nicht selbst vornehmen dürfen, so ist dem Maßnahmenträger ggfs. die Kostenübernahme zuzusagen, wenn anders die Umsetzung nicht kurzfristig erreicht werden kann.

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 05 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

2. auf der Robert-Bosch-Straße als Testphase eine Einbahnstraßenregelung im Abschnitt Ampèrestraße bis Henri-Dunant-Straße in West-Ost-Richtung angeordnet werden kann. Die Gegenrichtung wird für den Radverkehr Linienbusse und Einsatzkräfte freigegeben. Die Sperrung der Durchfahrt für Lkw in beide Richtungen mit Ausnahme von Anliegern in West-Ost-Richtung soll wie bisher beibehalten werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 5) Antrag der GLB-Fraktion bezüglich "Fahrplanübersicht ÖPNV"

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, ein gedrucktes Fahrplanheft des ÖPNV für Bensheim erstellen zu lassen. Dieses soll einen Netzübersichtsplan aller Linien des ÖPNV (Bus, Bahn und Ruftaxen) enthalten und in einem Anhang die aktuelle Fahrplan-übersicht.
Die Druckversion soll so gestaltet werden, dass bei Fahrplanänderungen nur der Anhang anzupassen ist und der Netzübersichtsplan beibehalten werden kann.

Der Beschluss wird gefasst mit: 06 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 6.a) Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktionen von BfB und GLB bezüglich "Mehr Entscheidungskompetenz der Kommunen bei Tempo 30"

Anmerkung: Der Änderungsantrag wird in der Sitzung geändert (**fett**).

Beschluss:

Der Bürgermeister **bzw. der zuständige Dezernent** wird in seiner Funktion als Straßenverkehrsbehörde aufgefordert, die sich aus der Änderung des § 45 StVO vom April 2020 ergebenden neuen Möglichkeiten zu nutzen und direkt im Anschluss an die Aufhebung der derzeitigen baustellenbedingten eine dauerhafte Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h in der Friedhofstraße anzuordnen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 11 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 6.b) Antrag der Fraktionen von BfB und GLB bezüglich "Mehr Entscheidungskompetenz der Kommunen bei Tempo 30"

Beschluss:

"Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den vom Präsidium und Hauptausschuss des Hessischen Städtetages vorgelegten Text:

6. Mehr Handlungsspielräume für verkehrsrechtliche Anordnungen

Land und Bund müssen die Handlungsspielräume der Kommunen bei verkehrsrechtlichen Anordnungen ausweiten, zum Beispiel bei der Anordnung von Geschwindigkeits- und Zufahrtsbeschränkungen, Zebrastreifen oder City-Maut. Im Zusammenhang mit den Themen Verkehrssicherheit, Luft und Lärm wird deutlich, dass die Städte vor allem bei der Entscheidung über Geschwindigkeitsreduzierungen innerorts mehr Kompetenz brauchen. Eine reduzierte Geschwindigkeit verbessert die Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger und kann dazu beitragen, den Lärm sowie die Luftschadstoffe zu senken. Die situationsgerechte Anpassung der Geschwindigkeiten ist eine wichtige Voraussetzung für ein verträgliches Miteinander verschiedener Nutzer im öffentlichen Raum. Rechtliche Hindernisse im Straßenverkehrsgesetz des Bundes sind zu beseitigen. Bis dahin müssen Maßnahmen notfalls über Pilotversuche realisiert werden können. Land und Bund sollen dabei auch Verkehrsversuche zur Regelgeschwindigkeit Tempo 30 und Ausnahmegeschwindigkeit Tempo 50 in geschlossenen Ortschaften unterstützen.

Der Magistrat wird beauftragt, die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung der Bundesregung, der Landesregierung, den Bundestagsabgeordneten und den Landtagsabgeordneten im Kreis Bergstraße mitzuteilen und um Unterstützung zu bitten."

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 02 Nein-Stimmen, 04 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 7) Antrag der GLB-Fraktion bezüglich "Situation Geflüchtete in Griechenland"

Anmerkung: Es wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Kreisausschuss auf, dass sich der Kreis Bergstraße dem bundesweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ anschließt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 17 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

2. Die Stadt Bensheim erklärt sich solidarisch mit dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ und tritt ihm ebenfalls bei.

Der Beschluss wird gefasst mit: 17 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

3. Der Magistrat wird beauftragt, gegenüber dem Kreis Bergstraße zu erklären, dass die Stadt Bensheim bereit ist zur Aufnahme von Geflüchteten über die allgemeine Verteilungsquote hinaus. Insbesondere ist damit die Bereitstellung von entsprechendem Wohnraum verbunden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 13 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 05 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

4. Der Magistrat wird beauftragt, Kreis, Land und Bund aufzufordern, sich für die Einrichtung neuer bzw. einer deutlichen Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Geflüchteten einzusetzen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 17 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 8) Antrag der Fraktionen von BfB, GLB und SPD sowie Herrn Stadtv. Dr. Tiemann bezüglich "Erhalt der Kirchbergschule als Grundschule und Förderschule im Schulentwicklungsplan des Kreises Bergstraße"

Anmerkung: Aufgrund der Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion, vor Eintritt in die Tagesordnung, wurde der Punkt in die Sitzung am 02.07.2020 vertagt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt sich an die Seite der Schulleitung, des Kollegiums und des Elternbeirates der Kirchbergschule und fordert den Erhalt der Kirchbergschule als Förderschule und als Grundschule.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die zuständigen Kreisgremien auf, im Schulentwicklungsplan die Kirchbergschule als Förderstufe und als Grundschule festzuschreiben.

Punkt 9.a) **Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Anschluss des Gewerbegebietes Neuwiesenfeld an die Westtangente"**

Beschluss:

Punkt 2. des SPD-Antrages wird nach dem Wort „ermitteln“ wie folgt ergänzt:

„… und dabei darüber zu informieren, ob bei einer Realisierung der Anbindung in 2021 oder 2022 noch Fördermittel zurückgezahlt werden müssten.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 24 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 9.b) **Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Anschluss des Gewerbegebietes Neuwiesenfeld an die Westtangente"**

Anmerkung: Der Beschluss wurde, inklusive der Änderungen unter Punkt 9.a) gefasst (**fett**).

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Zur Vermeidung überflüssigen Kraftfahrzeugverkehrs ist der Anschluss des Gewerbegebietes Neuwiesenfeld an die Westtangente vorzusehen.

2. Der Magistrat wird beauftragt, die Vorplanung der KMB aus dem Jahre 2016 zu aktualisieren und die aktuellen Kosten zu ermitteln **und dabei darüber zu informieren, ob bei einer Realisierung der Anbindung in 2021 oder 2022 noch Fördermittel zurückgezahlt werden müssten.**

3. Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2021 ist die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Realisierung des Projekts zu beraten.

Der Beschluss wird gefasst mit: 24 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Anmerkung: Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin Lux übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 10.a) **Änderungsantrag der BfB-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion bezüglich "Wohnmobilstellplatz"**

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2020 zum Thema Wohnmobilstellplatz sowie die Änderungsanträge der FDP-Fraktion vom 06.05.2020 und der GLB-Fraktion vom 19.05.2020 werden bis zur Beratung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2022 zurückgestellt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 10.b) **Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion bezüglich "Wohnmobilstellplatz"**

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Wohnmobilstellplatz wird bei der Liste der Aufträge für die Verwaltung bzw. Konkretisierungen ergänzt um den Punkt

„Prüfung und Vorschlag bezüglich einer zeitlich klar begrenzten (z.B. 14 Tage), rechtssicheren Standerlaubnis mit der Möglichkeit für eine einmalige begründende Verlängerung (z.B. 7 Tage).“

Der Beschluss wird gefasst mit: 28 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 10.c) **Änderungsantrag der GLB-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion bezüglich "Wohnmobilstellplatz"**

Anmerkung: Es wurde Einzelabstimmung über den Beschlusstext, den Punkt 1. sowie die Punkte 2./3./4. beantragt.

Beschluss:

Die Fläche des 2. Parkplatzes am Badesee nördlich der Zufahrtsstraße zur Raststätte soll nicht in die Planung für einen Wohnmobilstellplatz einbezogen werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Der Magistrat wird beauftragt zusätzlich zu prüfen:

1. Den Standort der Fläche zwischen dem Grillplatz Berliner Ring und dem Christuszentrum, links am Eingang des Containerdorfes auf Eignung als Wohnmobilstellplatz. Eine Zufahrt und die Erschließung mit Wasser und Strom sind bereits vorhanden und ebenso die Nähe zum Berliner Ring.

Der Beschluss wird gefasst mit: 12 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

2. Ob der westliche eingezäunte Teil des Festplatzes für eine Wohnmobil-stellplatzanlage mit 15 Stellplätzen ausreicht.

3. Ob der Parkstreifen südlich der Straße zur Raststätte direkt am Zaun des Badeseegeländes für eine Wohnmobilstellplatzanlage ausreicht und wie viele Stellplätze dort untergebracht werden könnten.

4. Die Möglichkeit, ob der Festplatzbereich mit den Wohnmobilstellplätzen bei einer Großveranstaltung mit verwendet werden kann und die Nutzung als Wohnmobilstellplatz für wenige Tage im Jahr dann pausiert. Damit soll eine Doppelnutzung der Fläche ermöglicht werden und bei Bedarf an wenigen Wochenenden der Festplatz in seiner ursprünglichen Größe nutzbar bleiben. Sollte nicht die Stadt, sondern ein Dritter den Wohnmobilstellplatz betreiben, so ist dies im Pachtvertrag entsprechend festzulegen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 6 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 10.d) Änderungsantrag der GLB-Fraktion bzgl. Antrag der CDU-Fraktion bzgl. "Wohnmobilstellplatz"

Beschluss:

Die Worte „und Parkplatz“ im ersten Absatz des CDU-Antrages werden gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 10.d) **Antrag der CDU-Fraktion bezüglich "Wohnmobilstellplatz"**

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung eines Wohnmobilstellplatzes auf dem Gelände „Festplatz“ und „Parkplatz“ am Berliner Ring zu konkretisieren. Hierbei soll in einem ersten Schritt die Errichtung von 15-20 Stellplätzen zugrunde gelegt werden.

Im Rahmen dieser Konkretisierung sind folgende Aspekte näher zu betrachten und die zu erwartenden Investitionskosten darzustellen:

Herstellung der Stellplätze mit befestigtem Untergrund und Parzellierung

Herstellung einer für Wohnmobilstellplätze üblichen Stromversorgung sowie einer Ver- und Entsorgungsstation (Grauwasser, Chemie-Toilette und Frischwasser-versorgung)

Beleuchtung und Fahrwege

Parkscheinautomat

Kalkulation der zu erwartenden Kosten für Pflegemaßnahmen

Betreiber: Stadt oder Privat-Betreiber / Pächter

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 11.a) **Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Einladung des Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkasse Bensheim, Bürgermeister Richter und des Vorstandes, Herrn Eric Tjarks, zum Thema Neubau der Sparkasse bzw. Fusion mit der Sparkasse Starkenburg"**

Beschluss:

Der BfB-Antrag wird dahingehend geändert, dass die Herren Richter und Tjarks zwar zur nächsten öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eingeladen werden, aber für den Teil des Tagesordnungspunktes, bei dem es um betriebswirtschaftliche Zahlen geht, vorübergehend die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt wird.

Der Beschluss wird gefasst mit: 22 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 11.b) **Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Einladung des Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkasse Bensheim, Bürgermeister Richter und des Vorstandes, Herrn Eric Tjarks, zum Thema Neubau der Sparkasse bzw. Fusion mit der Sparkasse Starkenburg"**

Beschluss:

Bürgermeister Richter wird in seiner Funktion als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Bensheim und Mitglied im Bauausschuss der Sparkasse zusammen mit dem Vorstand, Herrn Eric Tjarks, in die nächste öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu den Themen Information über das weitere Vorgehen der Sparkasse Bensheim bei dem Thema Neubau und zu dem Thema Fusion mit der Sparkasse Starkenburg eingeladen. Fragen der Fraktionen, die 10 Tage vor der Haupt- und Finanzausschusssitzung eingehen, sollen dort beantwortet werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 16 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 12.a) **Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Information über die ICE-Neubaustrecke in der nächsten Sitzung des Bau-, Umwelt- und Planungsausschusses"**

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Bau-, Umwelt- und Planungsausschusses über folgende Punkte der geplanten ICE-Neubaustrecke zu informieren:

- Welche Trassen-Vorschläge liegen zur Entscheidung vor?
- Welche gemeinsamen Maßnahmen und Vorgehensweisen mit den Städten Zwingenberg und Heppenheim werden geplant, um die Konsenstrasse entlang der A 67 durchzusetzen?
- Wann erfolgt eine abschließende Entscheidung über die Vorzugs-Variante der ICE-Neubaustrecke?
- Wie sieht der weitere zeitliche Ablauf zur Umsetzung der Neubaustrecke aus? Welche Verzögerungen sind bereits erkennbar?
- Wie beurteilt der Magistrat die Umsetzung der Forderung nach einem bergmännischen Tunnel zwischen Langwaden und Lorsch?

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 12.b) **Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Information über die ICE-Neubaustrecke in der nächsten Sitzung des Bau-, Umwelt- und Planungsausschusses"**

Anmerkung: Der Antragsteller zieht seinen Antrag zurück.

Beschluss:

Der BfB-Antrag wird in eine Anfrage aller Fraktionen zur Beantwortung in der ersten Sitzungsrunde nach der Sommerpause 2020 umgewandelt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen,
Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen

IV.
Anfragen

./.

V.
Informationen

./.

Bensheim, den 29.06.2020

Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

Christine Deppert Stadtverordnetenvorsteherin	Christiane Lux Stellv. Stadtverordnetenvorsterin